

## Frauenpolitische Forderungen zur Kommunalwahl 2016 Empfehlungen der *lag*

Stand: 03.11.2015

### Frauen in Kommunalparlamenten

Der durchschnittliche Frauenanteil in Niedersachsen an den Mandaten in den Kreistagen und in den Räten der kreisfreien Städte sowie in der Regionsversammlung Hannover bei der Kommunalwahl 2011 betrug 26,8 Prozent; 2006 waren es 24,4 Prozent. Von Halbe/Halbe in Rat und Kreistag kann bisher keine Rede sein.

Die *lag* fordert:

- Quotierte Listen aller Parteien
- Unterstützung von Frauen im Rahmen von Mentoringprogrammen
- Familienfreundliche Bedingungen für die Wahrnehmung von kommunalpolitischen Mandaten

### Frauen in Führungspositionen

Immer noch sind Frauen in Führungspositionen unterrepräsentiert, dies gilt sowohl für große wirtschaftliche Unternehmen als auch für die Kommunalverwaltungen. Trotz guter Schul- und Ausbildungsabschlüsse und einem insgesamt hohen Frauenanteil in Verwaltungen sind sie nicht paritätisch in den wichtigen Führungs- und Leitungsfunktionen vertreten.

Die *lag* fordert:

- Konsequente Frauenförderung in den Kommunalverwaltungen durch Umsetzung des NGG
- Erhöhung des Frauenanteils in kommunalen Beteiligungsgesellschaften
- Konsequente Umsetzung von Führung in Teilzeit

### Finanzen

Der kommunale Haushalt ist vielschichtig und finanziert Institutionen, Projekte und Maßnahmen, die für eine gute Infrastruktur sorgen. Doch profitieren Frauen und Männer gleichermaßen von den Haushaltsmitteln?

Die *lag* fordert:

- Einführung von Gender Budgeting in allen Kommunen
- Ausreichende Finanzierung von Frauenunterstützungseinrichtungen

### Flüchtlingspolitik und Integration

Im Rahmen von integrationspolitischen Maßnahmen wird schon auf die unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen und Männern Rücksicht genommen. In der aktuellen Debatte um die Unterbringung von Menschen auf der Flucht spielt der Geschlechteraspekt eher eine untergeordnete Rolle.

Die *lag* fordert:

- Verbindliche Standards für die Unterbringung und Betreuung von geflüchteten Frauen

- eine geschlechtsspezifische Statistik in allen niedersächsischen Kommunen und die Erfassung von Fluchtgründen
- einen geschlechtersensiblen Umgang der Behörden
- sichere und angemessenen Unterbringung von geflüchteten Frauen, z.B. abschließbare Räume und geschlechtergerechte Sanitäranlagenausreichende psychologische und therapeutische Angebote für Frauen zur Aufarbeitung von Fluchtursachen und –erlebnissen vor Ort, insbesondere bei sexualisierter Gewalt

### **Gesundheit**

Die Garantie von körperlicher und seelischer Unversehrtheit ist grundgesetzlich verankert. Die Auswirkungen von Entscheidungen im Gesundheitswesen betreffen Frauen und Männer in unterschiedlichem Maße.

Die *lag* fordert:

- einen geschlechtersensiblen Umgang in kommunalen Gesundheitseinrichtungen
- eine flächendeckende Versorgung der Geburtshilfe

### **Gewalt gegen Frauen**

Jede 4. Frau wird einmal in ihrem Leben Opfer von Gewalt durch den Partner oder Ehemann. Durch die Einführung des Gewaltschutzgesetzes im Jahr 2002 hat sich die Situation von gewaltbetroffenen Frauen, verbessert. Dennoch sind Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen weder flächendeckend noch bedarfsgerecht selbstverständlicher Bestandteil der regionalen Infrastruktur. Finanziell sind vorhandene Unterstützungseinrichtungen für Frauen nicht dauerhaft gesichert.

Die *lag* fordert:

- mehr Verantwortung aller Kommunen entsprechende Einrichtungen zur Unterstützung von Frauen in ihren spezifischen Lebenslagen vorzuhalten
- die Positionierung von kommunalen Arbeitgebern gegen häusliche Gewalt (workplace policy)
- keine sexistische Werbung im öffentlichen Raum, insbesondere in kommunalen Publikationen, auch der Eigenbetriebe und Gesellschaften
- Förderung von Täterberatungsstellen

### **Arbeitsmarkt/Wirtschaftsförderung**

Trotz Fachkräftemangels wird das Potential von Frauen auf dem Arbeitsmarkt nicht ausgeschöpft. Frauen arbeiten überwiegend in Teilzeit und oder in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Branchenübergreifend verdienen sie immer noch durchschnittlich 22% weniger als Männer. Nicht immer sind Betreuungsangebote in den Kommunen dem Bedarf von Eltern optimal angepasst, um eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf gut zu ermöglichen. Dies geht häufig zu Lasten von Frauen.

Die *lag* fordert:

- existenzsichernde Arbeitsplätze für Frauen in den Kommunen
- die Sicherung der Förderung der Koordinierungsstellen Frau und Wirtschaft

- EU-geförderte Projekte geschlechtergerecht zu gestalten und sicherzustellen, dass Frauen angemessen von den Mitteln profitieren
- ein bedarfsgerechtes Kinderbetreuungsangebot auch für Kinder im Grundschulalter
- familiengerechte Arbeitsorganisation (z.B. Lebensarbeitszeit)

### **Bildung**

Mädchen erzielen gute Schulabschlüsse, die ihnen jedoch beim Einstieg in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt keine Vorteile bieten. Sowohl bei ihrer Berufswahl als auch bei den Präferenzen der Studienfächer orientieren sich Mädchen bzw. junge Frauen klassisch an Geschlechterstereotypen, ihr Berufswahlspektrum ist dadurch deutlich eingeschränkt. Die berufliche Geschlechtersegregation hält sich hartnäckig, sie verfestigt generelle Geschlechterungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt und trägt dazu bei, dass die Chancengleichheit für Frauen am Arbeitsmarkt noch lange nicht eingelöst ist.

Die *lag* fordert:

- vorbildhafte Durchführung des Zukunftstages gemäß des Runderlasses des Kultusministeriums vom 1.12.2011

### **Kommunale Gleichstellungsbeauftragte**

Kommunale Gleichstellungsbeauftragte erfüllen einen Verfassungsauftrag. Sie tragen dazu bei, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu verwirklichen und wirken an allen Vorhaben, Entscheidungen, Programmen und Maßnahmen mit, die Auswirkungen auf die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Anerkennung der gleichwertigen Stellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft haben.

Die *lag* fordert:

- Hauptberufliche Gleichstellungsarbeit
- Hauptberuflichkeit der Gleichstellungsbeauftragten darf nicht länger als Teilzeitstelle definiert werden
- Stärkung der Gleichstellungsarbeit in den Landkreisen, um kleinere Kommunen mit professioneller Gleichstellungsarbeit versorgen zu können